

## „Politische Priorität Kinderarmut“

Datengrundlage für den Strukturindikator zum Recht auf angemessenen Lebensstandard

*Letzter Stand: Juli 2019*

### Erhebungsmethode

In einer qualitativen Analyse wurden die Koalitionsverträge aller Landesregierungen zu der Nennung des Stichwortes „Kinderarmut“ und der Benennung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut untersucht. Als übergreifender Strukturindikator „Politische Priorität von Kinderarmut“ wurde ausgewertet, ob Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut Gegenstand der Regierungsprogramme der jeweiligen Landesregierungen sind.

Zentral für die Querschnittsaufgabe „Armutsbekämpfung“ ist der politische Wille, die Problematik als solche anzuerkennen, zu benennen und strukturelle Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Die Regierungsprogramme sind in der Regel Koalitionsverträge und geben das Ergebnis eines politischen Aushandlungsprozesses zwischen den Koalitionären wieder. Einschränkend ist zu bemerken, dass Willensbekundungen im Koalitionsvertrag sich nicht zwangsläufig in tatsächlichen Aktivitäten der Landesregierungen widerspiegeln. Dennoch lassen die Erwähnung des Themas und die Verankerung von Maßnahmen auf eine Prioritätensetzung in der Agenda der Regierungsaktivitäten und häufig auch auf eine Zuweisung von finanziellen Mitteln schließen.

### Quelle

Eigene Recherche

#### Skalierung

Stichwort Kinderarmut wird im Kontext konkreter Maßnahmenprogramme (Präventionsketten etc.) genannt (Indexwert 1).

Stichwort Kinderarmut ist nicht enthalten, jedoch Programme und Maßnahmen, die im Kontext zur Bekämpfung von Kinderarmut stehen (Indexwert 0,5).

Stichwort Kinderarmut ist nicht enthalten und es werden keine Themen im Kontext von Kinderarmut genannt (Indexwert 0).



Bundesland	Grundlage	Wert
<b>Baden-Württemberg</b>	<p>In Baden-Württemberg besteht der Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der CDU.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist im Vertrag enthalten:</b></p> <p>„Es ist uns ein Anliegen, individuelle Problemlagen von Familien rechtzeitig zu erfassen. Dies kann z.B. durch Präventionsketten gegen Kinderarmut geschehen. Eine Stärkung der frühen Hilfen und der Ausbau von Angeboten der Eltern- und Familienbildung sind für uns zentrale Bausteine, um Familien zu stärken und Kinderarmut zu bekämpfen.“ (S. 88)</p> <p>„Schwerpunkt ist die Beseitigung der Armut von Kindern, damit auch sie Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben erhalten.“ (S. 91)</p> <p>Siehe: <a href="https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/landesregierung/koalitionsvertrag/">https://www.baden-wuerttemberg.de/de/regierung/landesregierung/koalitionsvertrag/</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	1
<b>Bayern</b>	<p>In Bayern besteht der Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2018-2023 zwischen der CSU und den Freien Wählern.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist nicht im Vertrag enthalten:</b></p> <p>Weiterführend: „Das Bayerische Familiengeld wird unabhängig vom Einkommen und einem Kita-Besuch des Kindes gezahlt. Damit gewährleisten wir echte Wahlfreiheit. Wir wollen nicht, dass unterschiedliche Familienentwürfe gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen Eltern nicht bevormunden. Gegenüber dem Bund wollen wir die Anrechnungsfreiheit bei SGB II-Leistungen durchsetzen.“ (S. 15)</p> <p>Siehe: <a href="https://www.csu.de/common/csu/content/csu/">https://www.csu.de/common/csu/content/csu/</a></p>	0



	<p><a href="#">hauptnavigation/dokumente/2018/Koalitionsvertrag_Gesamtfassung_final_2018-11-02.pdf</a> (PDF, letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	
<b>Berlin</b>	<p>In Berlin besteht eine Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD Landesverband Berlin, DIE LINKE Landesverband Berlin und BÜNDNIS 90/ Die Grünen Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2016-2021.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist im Vertrag enthalten:</b></p> <p>„Daher wird die Koalition umgehend im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses ein Familienfördergesetz auf den Weg bringen und ein ressortübergreifendes Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut auflegen.“ (S. 109)</p> <p>„Die Koalition wird den Ausbau des Gebundenen Ganztags vorantreiben, bevorzugt in belasteten Sozialräumen. [...] Die Koalition wird ein Konzept vorlegen, wie und in welchen zeitlichen Schritten in allen Schulen ein flächendeckendes, subventioniertes Mittagessensangebot eingeführt werden kann.“ (S. 17)</p> <p>Siehe: <a href="https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/koalitionsvereinbarung/">https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/koalitionsvereinbarung/</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	1
<b>Brandenburg</b>	<p>In Brandenburg bestand ein Koalitionsvertrag zwischen der SPD Brandenburg und DIE LINKE Brandenburg für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist im Vertrag enthalten:</b></p> <p>„Auch die Kinderarmut ist ein bedrückendes Problem. Die landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten sind hier begrenzt, aber wir finden uns damit nicht ab – nicht gegenüber dem Bund und auch nicht im eigenen Land. Mit den Netzwerken für Gesunde Kinder und dem Schüler-</p>	1



<p>Bafög haben wir eigene Instrumente entwickelt und damit gezeigt, dass wir mehr können als auf den ersten Blick möglich erscheint.“ (S. 6)</p> <p>„Kinderarmut ist eines der bedrückendsten Probleme in unserer Gesellschaft. Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass die Regelleistungen für Kinder nach dem SGB II und dem SGB XII eigenständig ermittelt werden. Die Regierung setzt sich für eine sachgerechte und armutsfeste Grundsicherung für Kinder ein.“ (S. 12 f.)</p> <p>Siehe: <a href="http://www.dielinke-brandenburg.de/politik/koalitionsvertrag/">http://www.dielinke-brandenburg.de/politik/koalitionsvertrag/</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p> <hr/> <p>Seit dem 20.11.2019 besteht ein Gemeinsamer Koalitionsvertrag zwischen der SPD Brandenburg, der CDU Brandenburg und Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist auch in diesem Vertrag enthalten:</b></p> <p>„Die Koalition räumt der Bekämpfung von Kinderarmut einen hohen Stellenwert ein. Das beste Mittel gegen Kinder- und Familienarmut sind armutsfeste Löhne der Eltern und gleichberechtigte Zugänge von Kindern zu Bildung, Gesundheitsförderung und gesellschaftlicher Teilhabe. Armut führt zu sozialer Ausgrenzung, die oft ein Leben lang wirkt. Um dem vorzubeugen, bedarf es einer Gesamtstrategie. Die Koalition wird die vorhandenen Projekte und Maßnahmen auf der Basis der Handlungsempfehlungen des „Runden Tisches gegen Kinderarmut“ umsetzen und weiterentwickeln sowie allen Kindern, die einen Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabe-paket haben, einen freien und unbürokratischen Zugang zu Bildungs-, Kultur-, und Sport-einrichtungen ermöglichen. Wir prüfen, eine Bildungskarte sowie einen Sozialfonds für Kitas und Horte einzuführen. Wir</p>	
---	--



	<p>setzen uns dafür ein, eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung auf Bundesebene einzuführen –wobei sichergestellt werden muss, dass das Geld bei den Kindern ankommt.“ (S. 46)</p> <p>Siehe: <a href="https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/191024_Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf">https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/191024_Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf</a> (PDF, letzter Zugriff am 22.11.2019)</p>	
<b>Bremen</b>	<p>In Bremen besteht eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 20. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2019-2023 zwischen SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist im Vertrag enthalten:</b></p> <p>„Es ist uns ein Anliegen, individuelle Problemlagen von Familien rechtzeitig zu erfassen. Dies kann z.B. durch Präventionsketten gegen Kinderarmut geschehen. Eine Stärkung der frühen Hilfen und der Ausbau von Angeboten der Eltern- und Familienbildung sind für uns zentrale Bausteine, um Familien zu stärken und Kinderarmut zu bekämpfen. Die Stellen der Familienhebammen beim Gesundheitsamt werden deshalb ausgebaut.“ (S. 93)</p> <p>„Aus diesem Grund sind folgende Politikfelder prioritär in der schrittweisen Finanzierung unserer politischen Ziele und Vereinbarungen:</p> <p>[...]</p> <p>Bekämpfung der Kinderarmut, Stärkung der Quartiere unter anderem durch Förderung gesellschaftlicher Initiativen und Teilhabe sowie der Verbesserung gesundheitlicher Versorgung benachteiligter Gruppen.“ (S. 137)</p> <p>Siehe: <a href="https://www.spd-land-bremen.de/Binaries/Binary6296/Entwurf-">https://www.spd-land-bremen.de/Binaries/Binary6296/Entwurf-</a></p>	1



	<a href="#">Koalitionsvertrag-2019-07-01.pdf</a> (PDF, letzter Zugriff am 22.11.2019)	
<b>Hamburg</b>	<p>In Hamburg besteht ein Koalitionsvertrag (2015-2020) über die Zusammenarbeit zwischen der SPD Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Hamburg.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist nicht im Vertrag enthalten</b></p> <p>Siehe: <a href="http://www.hamburg.de/koalitionsvertrag/">http://www.hamburg.de/koalitionsvertrag/</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	0
<b>Hessen</b>	<p>In Hessen besteht ein Regierungsprogramm für die 20. Legislaturperiode des Hessischen Landtags 2019-2024 zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist nicht im Vertrag enthalten</b></p> <p>Siehe: <a href="https://www.cduhessen.de/data/documents/2018/12/20/4-5c1b944e49923.pdf">https://www.cduhessen.de/data/documents/2018/12/20/4-5c1b944e49923.pdf</a> (PDF, letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	<p>In Mecklenburg-Vorpommern besteht eine Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und der CDU für die Jahre 2016-2021.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist nicht im Vertrag enthalten</b></p> <p>Siehe: <a href="https://www.spd-fraktion-mv.de/aktuelles/pressemitteilungen/koalitionsvereinbarung-2016-2021-jetzt-veroeffentlicht">https://www.spd-fraktion-mv.de/aktuelles/pressemitteilungen/koalitionsvereinbarung-2016-2021-jetzt-veroeffentlicht</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	0
<b>Niedersachsen</b>	<p>In Niedersachsen besteht eine Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD Landesverband Niedersachsen und der CDU für die 18. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages 2017 bis 2022.</p>	1



	<p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist im Vertrag enthalten:</b></p> <p>„SPD und CDU werden den Kampf gegen die Armut fortsetzen, von der überdurchschnittlich Alleinerziehende und Kinder betroffen sind. Die Fortschreibung des Armuts- und Reichtumsberichtes sowie der Handlungsorientierten Sozialberichterstattung soll weitergeführt und die Ergebnisse in die politischen Entscheidungen einbezogen werden.“ (S. 51)</p> <p>„Wir wollen Angebote der Familienbildung sowie der Familienerholung ausbauen, insbesondere für kinderreiche Familien und Familien mit niedrigem Einkommen. Eine Erweiterung der Richtlinie, z.B. auch für Wohngeldempfänger, werden wir prüfen.“ (S. 49)</p> <p>Siehe: <a href="https://cdu-niedersachsen.de/medien/koalitionsvertrag-2017-2022/">https://cdu-niedersachsen.de/medien/koalitionsvertrag-2017-2022/</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	
<p><b>Nordrhein-Westfalen</b></p>	<p>In Nordrhein-Westfalen besteht ein Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der FDP für die Jahre 2017-2022.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist im Vertrag enthalten:</b></p> <p>„Christdemokraten und Freie Demokraten setzen sich zum Ziel, die frühkindliche Bildung zu verbessern, die Kinderbetreuung und den Kinderschutz in Nordrhein-Westfalen auszubauen und die Kinderarmut zu bekämpfen. Kinderarmut ist dabei mehr als finanzielle Knappheit. Das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet jeden Einzelnen von uns, dafür Sorge zu tragen, dass Kinder ihre Talente entfalten können – unabhängig vom Status ihrer Eltern.“ (S. 3)</p> <p>„Wir wollen die Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen bekämpfen und sind der Überzeugung, dass weder neue Schulden noch staatliche Sonderprojekte die Ursachen von Armut beheben</p>	<p>1</p>



	<p>können. Hilfsangebote und präventive Maßnahmen müssen für alle Familien in Nordrhein-Westfalen zugänglich sein.“ (S. 6)</p> <p>„Der Schlüssel gegen Kinderarmut ist ein integrierter Ansatz: Eine bessere Wirtschaftspolitik, die die Potenziale Nordrhein-Westfalens freisetzt und die von Armut bedrohten Familien in Lohn und Brot bringt. Eine Familienpolitik, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Pflege sicherstellt. Und eine Bildungspolitik, die den Aufstieg durch Bildung ermöglicht.“ (S. 7)</p> <p>Siehe: <a href="https://www.cdu-nrw.de/koalitionsvertrag-fuer-nordrhein-westfalen-2017-2022">https://www.cdu-nrw.de/koalitionsvertrag-fuer-nordrhein-westfalen-2017-2022</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<p>In Rheinland Pfalz besteht ein Koalitionsvertrag zwischen der SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen für die Jahre 2016-2021.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist im Vertrag enthalten:</b></p> <p>„Unser Augenmerk liegt besonderes auf der Vermeidung und Bekämpfung von Kinderarmut. Hier sorgen wir für einen guten Start ins Kinderleben, für Kinderschutz und Kindergesundheit, für bessere und gebührenfreie Bildung und einen guten Übergang von der Schule in den Beruf. Kein Kind darf aufgegeben werden.“ (S. 64)</p> <p>„Wir wollen die Kinderarmut bekämpfen und Familien dabei unterstützen, erwerbstätig zu sein und Familie und Beruf gut miteinander verbinden zu können. Es muss gesamtgesellschaftlich eine Debatte über „Fürsorgearbeit in unserer Gesellschaft solidarisch absichern“ angestoßen und geführt werden.“ (S. 87)</p> <p>Siehe: <a href="https://www.spd-rlp.de/web/koalitionsvertrag/">https://www.spd-rlp.de/web/koalitionsvertrag/</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	1





<p><b>Saarland</b></p>	<p>Im Saarland besteht ein Koalitionsvertrag zwischen der CDU und SPD für die Jahre 2017-2022.</p> <p><b>Stichwort Kinderarmut ist nicht direkt im Vertrag enthalten:</b></p> <p>„Der erste Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland hat aufgezeigt, dass insbesondere Alleinerziehende, arbeitslose und geringqualifizierte Menschen ein hohes Armutsrisiko trifft. Auch Altersarmut wird in Zukunft leider eine noch größere Rolle spielen. Wir wollen daher noch effektiver gegen Armut im Saarland vorgehen. So werden wir auf der Basis einer aktuellen Übersicht über alle Armutsprojekte auf Landes-, Kreis und Gemeindeebene im Saarland und unter Beteiligung der Mitglieder des „Beirats zur Erstellung der Sozialstudie“ zeitnah einen wirksamen und finanziell abgesicherten „Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut“ im Saarland entwickeln. Dieser wird im Rahmen einer ganzheitlichen, ressortübergreifenden Strategie bestehende Maßnahmen evaluieren und neue Handlungsbedarfe feststellen. Im Aktionsplan werden wir dazu konkrete Verantwortlichkeiten, einen Zeitplan und Zielvereinbarungen festlegen. Die Koalitionspartner werden die Armuts- und Reichtumsberichterstattung sowie die Evaluation des Aktionsplans in jeder Legislaturperiode fortschreiben. Um die Maßnahmen des Aktionsplans zu unterstützen, setzen wir uns für die Einrichtung eines Sonderfonds zur Förderung von Armutsprojekten und -initiativen ein.“ (S. 74)</p> <p>Siehe: <a href="https://www.spd-saar.de/spd-saar/downloads/">https://www.spd-saar.de/spd-saar/downloads/</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	<p>0,5</p>
<p><b>Sachsen</b></p>	<p>In Sachsen besteht ein Koalitionsvertrag zwischen der CDU Sachsen und der SPD Sachsen für die Jahre 2014-2019.</p>	<p>1</p>



	<p><b>Das Stichwort Armut in direkter Verbindung zu Kindern ist im Vertrag enthalten:</b></p> <p>„Bis zum Jahr 2016 wird eine interministerielle Arbeitsgruppe eine sächsische Präventionsstrategie erarbeiten, welche Maßnahmen zum Abfedern der Folgen bestehender Armut sowie zur Minimierung von Armutsrisiken, insbesondere bei Kindern und Älteren, entwickelt.“ (S. 51)</p> <p>Siehe: <a href="https://www.staatsregierung.sachsen.de/">https://www.staatsregierung.sachsen.de/</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<p>In Sachsen-Anhalt besteht ein Koalitionsvertrag zwischen der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Jahre 2016 bis 2021.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist im Vertrag enthalten:</b></p> <p>„Vor dem Hintergrund der hohen Kinderarmutsquote im Land werden wir eine Sonderförderung für Kitas in Vierteln mit besonderem Entwicklungsbedarf auflegen. Diese Projektförderung kann seitens der Landkreise und kreisfreien Städte in Abstimmung mit den Trägern und unter Vorlage entsprechender Konzepte beantragt werden. Dabei ist insbesondere auf Synergieeffekte im Rahmen der Hilfen zur Erziehung zu achten. Für Einrichtungen, die mit besonderen sozialen Herausforderungen konfrontiert sind, wird es damit die Möglichkeit geben, bedarfsgerechte Programme aufzulegen beispielsweise zur Sprachförderung, zur Gesundheitsprävention oder zur Stärkung der Kinderbeteiligung.“ (S. 49)</p> <p>Siehe: <a href="https://www.sachsen-anhalt.de/lj/politik-und-verwaltung/die-landesregierung/">https://www.sachsen-anhalt.de/lj/politik-und-verwaltung/die-landesregierung/</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	1
<b>Schleswig-Holstein</b>	<p>In Schleswig-Holstein besteht ein Koalitionsvertrag zwischen der CDU, Bündnis</p>	1



	<p>90/Die Grünen und der FDP für die Jahre 2017-2022.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist im Vertrag enthalten:</b></p> <p>„Zur Eingrenzung von Kinderarmut ist unser Ziel, dass jedes Kind einmal am Tag eine vollwertige Mahlzeit erhält. Wir werden bürokratiearme Maßnahmen prüfen, wie für Familien, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabe-paket beziehen, eine Mahlzeit ihrer Kinder in der Kita oder Tagespflege ohne Eigenbeteiligung möglich ist. Wir werden die Initiative „Kein Kind ohne Ferienerholung“ weiterhin unterstützen. Wir werden die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Verbraucherinsolvenz- und Schuldnerberatung vorantreiben.“ (S. 32)</p> <p>Siehe: <a href="http://www.cdu-sh.de/mediathek/downloads">http://www.cdu-sh.de/mediathek/downloads</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)</p>	
<b>Thüringen</b>	<p>In Thüringen besteht ein Koalitionsvertrag zwischen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Jahre 2014-2019.</p> <p><b>Das Stichwort Kinderarmut ist nicht direkt im Vertrag enthalten</b></p> <p>Weiterführend: „Zur Stärkung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum sollen auf der Grundlage kommunaler Sozialplanung Vorhaben und Räume unterstützt werden, in denen sich bürgerschaftliches Engagement sowie soziale Dienstleistungen als soziale Zentren etablieren können. Aufgabe der Sozialzentren ist die Vernetzung der sozialen Angebote in der Region wie z.B. Begegnungsstätten, Kindertagesstätten, Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser und Eltern-Kind-Zentren.“ (S. 25)</p> <p>Siehe: <a href="https://www.mdr.de/thueringen/wahlen-politik/wahlen/landtagswahl-2014/koalitionsvertrag-linke-spd-gruene-">https://www.mdr.de/thueringen/wahlen-politik/wahlen/landtagswahl-2014/koalitionsvertrag-linke-spd-gruene-</a></p>	0,5



	<a href="#">thueringen100.html</a> (letzter Zugriff am 03.07.2019)	
--	--	--

